

Fränkischer Tag, 31.7.09

Verfahren gegen Nazi-Gegner eingestellt

Beschluss: Der Vorwurf "Sprengung einer Versammlung" konnte nicht aufrechterhalten werden. Der Beschuldigte zahlt 100 Euro an die "Initiative krebskranker Kinder" in Nürnberg.

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Hofbauer

Begleitet von Demonstrationen gegen die "Kriminalisierung antifaschistischer Demonstrationen in Gräfenberg" fand gestern am Forchheimer Amtsgericht die Verhandlung gegen Hubert Scheibinger statt. Der Vorwurf: Sprengung einer Versammlung. Der Angeklagte war einer von 44 Demonstranten, die durch eine Sitzblockade auf der Straße den Aufmarsch von Neonazis verhindern wollten. 36 dieser Fälle wurden wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Der Fall Scheibinger war das erste von acht Strafverfahren, die beim Amtsgericht Forchheim anhängig sind. Unter Vorsitz von Amtsrichter Norbert Spintler wurden drei Polizisten und ein Demonstrant als Zeugen vernommen.

Zur Ausgangslage: Die Bürgerinitiative „Gräfenberg ist bunt“ hatte den Würzburger Friedenspreis gewonnen. Das wollten die Bürger am 25. Juli vergangenen Jahres mit einem Friedensmarsch vom Bahnhof in Richtung Marktplatz feiern. Nur eine halbe Stunde nach dem Friedensmarsch sollten die Neonazis mit behördlicher Genehmigung zum Gräfenberger Kriegerdenkmal ziehen dürfen.

Doch zeitgleich mit den Antifaschisten waren offenbar bereits einige Neonazis da, die ihre Gegner belästigten und/oder fotografierten. Das geht aus einer Stellungnahme hervor, die der angeklagte Maschinenschlosser von seinem Rechtsanwalt Marco Noli verlesen ließ. Das habe Unmut nicht nur beim Mandanten hervorgerufen.

Die Aussagen der Polizisten beschränkten sich weitgehend auf das Einsatzprotokoll und ein (teilweise unscharfes) Video. So konnte nicht exakt geklärt werden, warum der Zug der Nazi-Gegner ins Stocken geriet.

Fest steht: Die Teilnehmer am geplanten Friedensfest ließen sich gegen 19.45 Uhr auf der Straße nieder und waren nicht dazu zu bewegen, weiter zu gehen. Hubert Scheibinger geriet ins Visier der Ermittlungen, weil er mit seinem Megafon Anweisungen der Polizei zu übertönen suchte und Bürger zur Sitzblockade aufrief.

Zeuge Paul Ruppert (74), ein Teilnehmer des Friedensspaziergangs, schilderte seine persönlichen Eindrücke. Oben, an der Einmündung zum Marktplatz, sei es nicht so recht weitergegangen. Da sei er wieder zurück. „Ich hob mi aa hing'setzt, scho alaans wall i müüd woar“, bestätigt der gebürtige Gräfenberger, gegen den ebenfalls ein Verfahren eingeleitet worden war, das aber eingestellt wurde. Die Leute in dem Abschnitt, darunter Dekanin Christine Schürmann oder MdL Christine Stahl, seien zeitweise regelrecht von der Polizei eingekesselt gewesen. Die Nazis waren inzwischen über das Friedhofsgässchen zum Kriegerdenkmal gelotst worden.

Richter Norbert Spintler zeigte angesichts der "recht unverblühten Zeugenaussage" Sympathien für den Angeklagten und sprach von einem unglücklichen Aufeinandertreffen beider Gruppierungen. Andererseits dürfe eine genehmigte Demo nicht gestört werden. Der Kompromiss: Einstellung des Verfahrens gegen eine Geldbuße von 100 Euro. Damit erklärten sich der Beschuldigte, sein

Verteidiger und Staatsanwalt Lukas Knorr nach einer Pause (und zähem Ringen hinter verschlossenen Türen) einverstanden.